

Wahlprüfstein SoVD

Doris Achelwilm, Spitzenkandidatin der LINKEN. Bremen zur Bundestagswahl

Vorbemerkung:

Wir freuen uns sehr über diesen Wahlprüfstein, weil er die wesentlichen Schritte und Maßnahmen zur Stärkung des Sozialstaates aufruft und die notwendigen Antworten auf den jahrelangen Sozialabbau und neoliberale „Reformen“ benennt.

Das Bundeswahlprogramm der Partei DIE LINKE enthält fast alle dieser Forderungen. Auch auf landespolitischer und kommunaler Ebene unterstützen wir die Initiativen des SoVD als wichtiger sozialpolitischer Akteur, wie sich u.a. an der Forderung nachvollziehen lässt, den Sozialverband Deutschlands als ordentliches Mitglied in den Rundfunkrat von Radio Bremen zu benennen, was von den anderen Fraktionen in der Bürgerschaft allerdings abgelehnt worden ist (<http://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp19/land/drucksache/D19L0343.pdf>).

Beantwortung der Fragen im Einzelnen:

- 1. Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Besteuerung privaten Reichtums:** Die höhere Besteuerung privaten Reichtums gehört zu den programmatischen Kernpunkten der LINKEN, gerade auch im Bundestagswahlkampf 2017. DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Höhe von 5 Prozent ab 1 Million Euro. Wir haben als einzige Partei ein durchgerechnetes und konkretes Konzept für diese dringend benötigte Maßnahme. Nur mit einer Vermögenssteuer und einer starken Besteuerung von Einkommensmillionären kann die soziale Spaltung rückgängig gemacht werden. Wir wollen deshalb den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen anheben und Einkommen oberhalb einer Million mit 75 Prozent besteuern. Die vom damaligen Finanzminister Peer Steinbrück vor etwa zehn Jahren unter Schwarz-Rot eingeführte Besserstellung von Kapitaleinkünften aus Börsenspekulation („Abgeltungssteuer“) begünstigt Kapitalanlagen auf außerordentliche Art und Weise und muss deshalb abgeschafft werden. Wir wollen eine umfassende Steuerreform, um tatsächlich soziale Gerechtigkeit herzustellen: Dabei muss man sich trauen, mit klaren Ansagen an die Reichen, Erben und Vermögenden aufzutreten. Ansonsten lassen sich soziale Garantien für Alleinerziehende, Ältere, Menschen mit Behinderungen oder die Abschaffung des menschenunwürdigen Hartz-IV-Regimes nicht finanzieren. Das Programm der LINKEN enthält beides: die sozialpolitischen Forderungen für alle und die notwendigen Maßnahmen zur Gegenfinanzierung durch höhere Veranlagung privaten Reichtums (der seit Jahrzehnten eher gefördert statt in die Pflicht genommen und gefordert wird).
- 2. Sozialen Wohnungsbau ausbauen:** Bremen hatte im Jahr 1990 noch fast 80.000 Sozialwohnungen in der sog. Belegbindung, heute sind es nur noch rund 7.000 – Tendenz weiter fallend. Das liegt in erster Linie an Fehlentscheidungen im Bremer Senat (Verkauf Bremische und Brebau, Stopp von Neubau der Gewoba). Was auf dem Wohnungsmarkt und in der Baupolitik passiert, wird heute fast vollständig Investoren und Baukonzernen überlassen. Bremens Regierung ist aktuell nicht einmal bereit, die Gewoba vollständig zu rekommunalisieren – also die privaten Anteile zu übernehmen. Dabei wäre ein handlungsfähiges kommunales Unternehmen umso wichtiger, je mehr die Mietpreise steigern. Aber auch bundespolitische Fehlanreize haben die Situation verschärft: So wurden die Förderprogramme nur an eine befristete

Sozialbindung gekoppelt (danach ist der Mietpreis ‚frei‘ gestaltbar) und der gemeinnützige Wohnungssektor faktisch abgeschafft. Diese Fehlentscheidungen müssen rückgängig gemacht werden, damit die Wohnungsnot sich nicht noch weiter verschärft. Auch auf Bundesebene macht DIE LINKE entsprechende Vorschläge, z.B. um die komplett wirkungslose sogenannte Mietpreisbremse zu verbessern oder die Spekulation mit Grund und Boden einzudämmen.

3. **Inklusion schwerbehinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt:** Wir sind leider weit davon entfernt, auf dem sog. „ersten Arbeitsmarkt“ die volle Inklusion behinderter Menschen erreicht zu haben. Im Gegenteil: Menschen mit Handycap sind überdurchschnittlich häufig und in der Regel länger arbeitslos als andere BewerberInnen mit gleicher Qualifikation. Ergänzende Angebote über den „zweiten Arbeitsmarkt“ sind in vielen Fällen sicher hilfreich, aber wir wollen, dass es auch außerhalb der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen gute Berufsperspektiven für wirklich alle gibt. Dafür braucht es arbeitsmarktpolitische Instrumente im Sinne behinderter Menschen und qualifizierte Angebote zur beruflichen Rehabilitation und Weiterbildung. Ansätze wie das „Budget für Arbeit“ unterstützen wir. Wenn freiwillige Selbstverpflichtungen oder Lippenbekenntnisse der Arbeitgeber nicht zu realen Verbesserungen führen, muss stärker auf Quotenregelungen gesetzt werden: Für öffentliche Arbeitgeber mit mindestens 20 Angestellten müssen fünf Prozent ihrer Stellen an Menschen mit Schwerbehinderung vergeben, das schreibt die Beschäftigungspflichtquote bereits vor. Ähnliche Regelungen sind auch für die Privatwirtschaft sinnvoll. Dass sich Arbeitgeber einfach aus dieser Verantwortung herauskaufen können, ist nicht zielführend. Wir brauchen eine stärkere gesellschaftliche Debatte und mehr Engagement von Seiten der Wirtschaft und Politik gerade bei der Inklusion.
4. **Barrierefreiheit per Bundesgesetz verbindlich gewährleisten:** Ja, dafür setzen wir uns ein. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist leider noch immer kein echter Schwerpunkt in Politik und Verwaltung. Im Wohnungssektor sind aktuell die Länder für die jeweiligen Bauordnungen zuständig. Die Bremer Landesbauordnung wird momentan reformiert und die Immobilienkonzerne haben den ursprünglichen Entwurf im Rahmen ihres Lobbyismus erheblich aufgeweicht und deutlich weniger barrierefreie Wohnungen für Rollstuhlfahrer*innen durchgesetzt. DIE LINKE. Bremen hält diesen Rückschritt für völlig inakzeptabel und lehnt den entsprechenden Passus ab, weil er Menschen mit Behinderungen benachteiligt und ihre Wohnungssuche weiter erschwert. Auch im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs und gewerblicher Immobilien (Supermärkte usw.) wollen wir Barrierefreiheit verbindlich stärken.
5. **Anhebung des Rentenniveau auf 53 Prozent:** Schon heute sind bundesweit 2,7 Millionen Menschen über 65 arm oder armutsgefährdet, dieser Anteil wird dramatisch zunehmen, weil die Rentenkürzungen der letzten Jahre erst zeitverzögert wirken. DIE LINKE ist die einzige Partei, die das Rentenniveau wieder auf die Zeiten von Helmut Kohl und damit auf ein Niveau von vor den Kürzungen ab 1998 anheben will. 53 Prozent müssen sein, alles darunter ist auch nach Meinung der Wissenschaft nicht mehr lebensstandardsichernd. Außerdem fordern wir eine solidarische Mindestrente, damit niemand mehr unter ein Existenzminimum unter 1.050 Euro fällt oder im Alter auf das als stigmatisierend empfundene Sozialamt angewiesen ist. Diese Forderungen sind finanzierbar, wenn einerseits die Riester-Förderung beendet wird, die Arbeitgeber wieder paritätisch einzahlen, die Beitragsbemessungsgrenze fällt und alle einzahlen (also eine echte Bürgerversicherung für alle). DIE LINKE orientiert sich in ihrem konkreten Rentenkonzept unter anderem am Rentensystem Österreichs, wo eine armutsfeste Alterssicherung nachweislich finanzierbar ist und auf einem hohen Niveau funktioniert.

6. **Altersarmut durch Leistungsverbesserungen in der GRV bekämpfen, Leistungen des sozialen Ausgleichs für Geringverdienende und Arbeitslose schaffen:**
Geringverdienende und Alleinerziehende wollen wir in der Rentenformel besserstellen. Auch die Erwerbsminderungsrente muss armutsfest gestaltet werden – aktuell führt sie viel zu häufig in sichere Altersarmut. Die Arbeitsagentur muss wieder Rentenbeiträge für Hartz-IV-Beziehende in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einzahlen. Diese Punkte gehören zum umfassenden Rentenkonzept der LINKEN – und wären ebenfalls kurzfristig finanzierbar (vgl. auch: <https://www.die-linke.de/themen/rente/>).
7. und 8. **Bürgerversicherung einführen, Rückkehr zur paritätischen Beitragssatzfinanzierung:** DIE LINKE will eine solidarische Bürgerversicherung, die vollständig paritätisch finanziert wird: Alle zahlen mit allen Einkommensarten ein, also auch mit Einkünften aus Vermietung oder Kapitalerträgen. Die Beiträge könnten dann sinken. Gleichzeitig wäre es möglich, die Versorgungsleistungen aufgrund des insgesamt höheren Beitragssaufkommens für alle zu verbessern. Zusatzbeiträge, wie beim Zahnersatz und bei Brillen, bei Arzneimitteln und im Krankenhaus oder bei der Physiotherapie, wären dann nicht mehr nötig und müssen auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit abgeschafft werden.
8. Vgl. Punkt 7.
9. **„Rehabilitation vor und bei Pflege“:** Die „Rehabilitation vor Pflege“ ist bereits im Sozialgesetzbuch verankert, bisher aber noch nicht bedarfsdeckend umgesetzt. DIE LINKE will geriatrische Rehabilitation stärker fördern, damit Pflegebedürftigkeit vermieden werden kann. Ein vernetzter geriatrischer Ansatz stärkt die Selbstständigkeit im Alter und hilft, dass sich Erkrankung und Einschränkungen nicht weiter verschlimmern. Geriatrische Rehabilitation, Assistenzen im Alltag und der Ansatz einer „aktivierenden Pflege“ können verzahnt werden und sollten vor stationärer Pflege auch tatsächlich Vorrang haben. Wir unterstützen deshalb den Ansatz „Rehabilitation vor Pflege“ und befürworten entsprechende Konzepte, die von den Kassen bedarfsgerecht finanziert werden sollen.
10. **Gesetzliche Regelung zur Umwandlung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in reguläre Arbeitsverhältnisse:** Prekär Beschäftigte können das eigene Leben kaum planen und sich keine sichere berufliche Perspektive aufbauen. Die Konstruktion der sozialversicherungsfreien Minijobs hilft nur den Arbeitgebern, die sich aus der Finanzierung der Sicherungssysteme herausziehen wollen. DIE LINKE vertritt, dass alle Erwerbseinkommen ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig sein müssen. Minijobs sollen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.
11. **Anhebung und jährliche Anpassung des Mindestlohns:** Löhne müssen aktuell bei mindestens 12 Euro liegen, sonst führen sie – auch nach offiziellen Angaben der Bundesregierung – direkt in die Altersarmut. Wir wollen deshalb unverzüglich eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro, zusätzlich wollen wir eine automatische Anpassung an die durchschnittliche Lohnentwicklung im Gesetz verankern. Alle Ausnahmeregelungen müssen abgeschafft werden. Der Zoll (Finanzkontrolle Schwarzarbeit) und die Finanzämter müssen mehr anlasslose Kontrollen in Betrieben durchführen, vor allem im Bausektor, in der Fleischindustrie aber zum Beispiel auch bei Werften.
12. **Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und Fristen für Anwartschaften verlängern, Arbeitslosenversicherung wieder zur Regelabsicherung für Erwerbslose machen:** Wir wollen, dass das Arbeitslosengeld I deutlich länger gezahlt wird und Ansprüche darauf schneller erworben werden. Ein Anspruch auf Arbeitslosengeld I soll nach einem mindestens sechsmonatigen Arbeitsverhältnis erworben werden. Die

Rahmenfrist für den Bezug des ALG I muss auf drei Jahre verlängert werden.

13. **ALG-II-Leistungen und Eingliederungsmaßnahmen verbessern, angemessene Beiträge zur Rentenversicherung im ALG II sicherstellen, Sanktionsregelungen für Jugendliche und junge Erwachsene abschaffen:** Ja! Die BezieherInnen von SGB II müssen wieder Rentenanwartschaften erhalten, so wie es auch bis 2011 geregelt war und dann allein aus kurzfristigen ‚Spargründen‘ weggekürzt wurde. Wir wollen eine sanktionsfreie Mindestsicherung, weil man das grundgesetzliche Minimum aus Sicht der LINKEN nicht durch Sanktionen weiter zusammenstreichen darf. Die Höhe der Mindestsicherung soll bei 1.050 liegen und damit oberhalb der aktuellen Armutsgrenze. Dass Jugendliche in der Jobcenter-Logik besonders stark sanktioniert werden, ist kein wirksames pädagogisches Instrument, sondern ein Skandal. DIE LINKE. Bremen hat sich mit mehreren Initiativen grundsätzlich gegen das Sanktionsregime ‚Hartz IV‘ gestellt und fordert regelmäßig, durch kommunale Spielräume und Einflussnahmen auf Bundesebene die (besonders drastische) Sanktionierung von Jugendlichen umgehend zu beenden.
14. **Auskömmliche Existenzsicherung von Frauen fördern:** Viele Frauen stecken gesellschaftlich nach wie vor in der althergebrachten Rolle, Familie und Beruf stärker vereinbaren zu müssen als Männer das müssen. Dadurch sind Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt benachteiligt und haben größere Abhängigkeiten und Schwierigkeiten bei der Existenzsicherung, sei es für sich selbst oder ihre Kinder. Besonders ausgeprägt ist das Problem bei Alleinerziehenden: Bundesweit gibt es 1,6 Millionen Alleinerziehende, zu 90 Prozent sind sie weiblich. In Bremen leben rund 18.000 Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, mehr als jede/r zweite von ihnen (56 Prozent) ist von Armut betroffen oder bedroht. Es ist beschämend, dass die Politik hier noch keine besseren Bedingungen geschaffen und Frauen aus ihrer strukturellen Benachteiligung durch entsprechende Maßnahmen herausgeholt hat. Gegen diese Geschlechterungerechtigkeit, die sich u.a. in einem Lohngefälle von über 20 Prozent und höheren Risiken „speziell weiblicher Altersarmut“ ausdrückt, muss sich massiv politisch eingesetzt werden. Wir fordern die volle Anrechnung von Kindererziehung und eine verbesserte Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rentenberechnung. So lässt sich Altersarmut insbesondere bei Frauen entgegenwirken. Darüber hinaus braucht es die volle Umsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, aber auch eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten und eine neue Verteilung aller bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen. Nur so kann Sorge-Arbeit, die momentan unterbezahlt ist und überwiegend von Frauen geleistet wird, langfristig aufgewertet und gerechter verteilt werden. Auch die Diskussion um eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist in diesem Sinne weiterzuführen.
15. **Anrechnung von Elterngeld auf Grundsicherungsleistungen:** Für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen fordert DIE LINKE eine eigenständige individuelle Grundsicherung in Höhe von 573 Euro, die je nach Einkommen zu versteuern ist. Die auch von Wohlfahrtsverbänden wie dem Paritätischen geforderte Kindergrundsicherung müsste dann entsprechend der Entwicklung des Existenzminimums von Kindern regelmäßig angepasst werden. Kinder und Jugendliche könnten so ohne verdeckte Armut und das Stigma des Hartz-IV-Bezugs aufwachsen. Armut und ein Alltag im Sozialleistungsbezug dürfen nicht durch den Unwillen der regierenden Politik von Generation zu Generation weitergegeben werden. In einem reichen Land wie Deutschland muss sichergestellt sein, dass alle Kinder ein Recht auf soziale Teilhabe an der Gesellschaft haben.
16. **Soziale Dimension in der EU stärken:** Unbedingt! Die aktuelle Krise der EU ist auch in der ausgeprägten Bevorteilung unternehmerischer Freiheiten begründet, während soziale Rechte für die ArbeitnehmerInnen keine Priorität haben oder sogar geschleift

werden. Die soziale Ungleichheit zwischen den Mitgliedsstaaten nimmt zu und damit auch das weitverbreitete Unbehagen gegenüber der EU. Die einschneidende Sparpolitik, die vor allem Griechenland, Portugal und Irland auferlegt worden ist, hat die Lebensrealität der Bevölkerung weiter verschlechtert. In Italien, Spanien, Griechenland liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 40 bis 60 Prozent. Es braucht auch und gerade auf EU-Ebene wirksame Schritte gegen Massenerwerbslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit der Jugend in den Krisenländern. Weil die Exportorientierung großer deutscher Konzerne mitursächlich für die Ungleichgewichte in der EU sind, müssen auch die Löhne und die Binnennachfrage in Deutschland (wie auch in anderen Zentren der EU) steigen. Steuerdumping und ein Unterbietungswettbewerb bei Lohnkosten und Sozialabgaben führen genau in die falsche Richtung und gehören dringend zurückgeköpft! Auch für eine europäische Perspektive sozialer Gerechtigkeit setzen wir uns mit Nachdruck ein.